

Policy Brief

Auf dem Weg zu den Europawahlen 2024: Institutioneller Zeitplan und verpasste Chancen

1. Februar 2024

#Wahlen

#Demokratie

#Europaparlament

Luise Quaritsch, Policy Fellow

Die Europawahlen 2024 könnten einen Wendepunkt in der EU-Politik darstellen: Das Europäische Parlament ist traditionell eine progressive Kraft in der EU-Politik und drängt oft auf weitreichendere, europäischere Lösungen als der Rat. Diese Dynamik könnte sich nach den Wahlen ändern, da sich das derzeitige Kräfteverhältnis im Parlament voraussichtlich nach rechts verschieben wird. Aber auch ohne eine Wende hin zu einer euroskeptischen Mehrheit wird das Ergebnis der Wahl die EU-Politik der nächsten fünf Jahre prägen. Dieser Policy Brief bietet einen Überblick über alles, was in diesem Wahljahr wichtig wird. Zunächst soll der institutionelle Zeitplan bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode erläutert werden. Daraufhin wird ein Überblick gegeben, wie die politischen Parteien in Europa den Wahlkampf angehen. Zudem geht es um den Wahltag, mögliche neue Mehrheiten im Parlament und das unvermeidliche institutionelle Gefeilsche um Schlüsselpositionen. Abschließend werden die verpassten Chancen für Reformen seit den letzten Wahlen im Jahr 2019 beschrieben – und, wie dies die Integrität der Wahl im Juni untergraben könnten.

Einleitung

2024 wird eines der [größten Wahljahre](#) in der Geschichte: Mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung ist zum Wählen aufgerufen. Dazu gehören auch die Wahl des Europäischen Parlaments vom 6. bis 9. Juni, bei der mehr als 400 Millionen wahlberechtigte Bürger:innen die 720 Mitglieder der einzigen direkt gewählten Institution der EU zum zehnten Mal seit 1979 wählen können. Die Wahl ist wichtig: Das Parlament ist in vielen Bereichen der EU-Politik einer der Gesetzgeber und muss den EU-Haushalt und die zukünftige Europäische Kommission [bestätigen](#).

Aktuelle [Umfragen](#) prognostizieren, dass rechtsextreme und euroskeptische Parteien bei der Wahl [beträchtlich gewinnen](#) werden. Dadurch könnte das Machtgleichgewicht der EU erheblich verschoben werden: Das Europäische

Parlament war traditionell eine progressive Kraft in der Politikgestaltung und drängte oft – anders als die Mitgliedsstaaten im Rat – auf weitreichende, pan-europäische Lösungen. Mit [gestärkten Mitte-Rechts- und Rechtsaußenfraktionen](#) könnte das Parlament von der Förderung pro-europäischer Initiativen dazu übergehen, diese zu blockieren. Aber auch ohne eine Verschiebung hin zu einer euroskeptischen Mehrheit wird das Ergebnis der Wahl die EU-Politik der nächsten fünf Jahren prägen.

Dieses Policy-Briefing bietet einen Überblick über alles Wissenswerte in diesem Wahljahr. Zunächst werden der institutionelle Zeitplan bis zum Ende der aktuellen Legislaturperiode und die noch nicht abgeschlossenen Gesetzesinitiativen beschrieben. Danach werden die Wahlkampagnen der politischen Parteien in Europa vorgestellt. Zudem diskutiert der Policy Brief den Wahltag, mögliche neue Mehrheiten im Parlament und die anschließende Verteilung der Spitzenposten. Schließlich werden die verpassten Reformmöglichkeiten seit den letzten Europawahlen diskutiert und was das für die Integrität des Prozesses bedeutet.

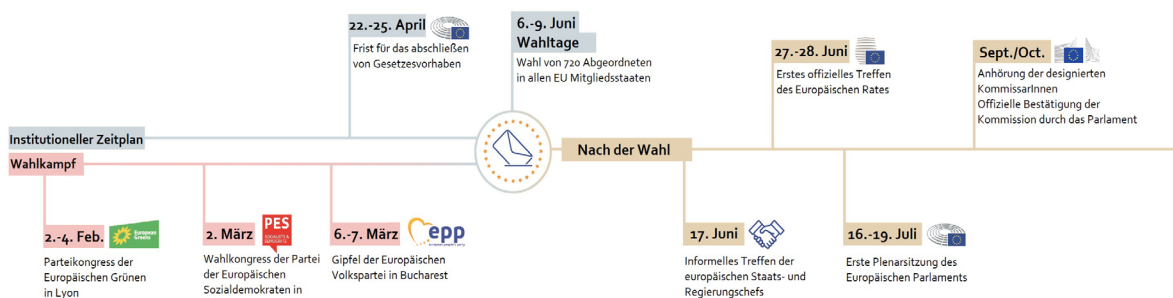
Der institutionelle Zeitplan

Bis April: Abschluss noch offener Gesetzesinitiativen

Das Europäische Parlament kommt vom [22. bis 25. April](#) zu seiner **letzten Plenarsitzung** zusammen – die letzte Gelegenheit, um in dieser Legislaturperiode Gesetzesinitiativen auf den Weg zu bringen. Es gibt einige wichtige Vorschläge, an denen die politischen Entscheidungsträger:innen unter der Leitung des belgischen Ratsvorsitzes bis dahin arbeiten – mit unterschiedlichen Gründen zur Dringlichkeit:

Für den **EU-Haushalt** und die Unterstützung der Ukraine muss die EU ihre Etatlinien anpassen, um steigende Kosten und unvorhergesehene Notfälle zu berücksichtigen und trotzdem ihre politischen Prioritäten bis 2027 zu finanzieren. Darüber hinaus ist die Ukraine auf schnelle Unterstützung angewiesen. Die Staats- und Regierungschefs kommen am 1. Februar im Europäischen Rat zusammen, um die „mid-term revision“ des [Mehrjährigen Finanzrahmens 2021-2027](#) und ein [50-Milliarden-Euro-Hilfspaket](#) für die Ukraine zu besprechen. Eine auf dem Gipfel erzielte Einigung muss außerdem vom Parlament bestätigt werden. Ebenfalls in Vorbereitung ist die [Reform](#) der **EU-Fiskalregeln**. Nach monatelangen Verhandlungen haben sich die europäischen Finanzminister:innen im Dezember auf einen Kompromiss geeinigt. Diese Einigung muss noch formell mit dem Europäischen Parlament verhandelt werden. Die Reform sollte bis Juli abgeschlossen sein, um zu verhindern, dass derzeit ausgesetzte Fiskalregeln, die nicht mehr als zweckmäßig erachtet werden, dann automatisch wieder gelten.

Abbildung 1: Der institutionelle Zeitplan im Europawahljahr 2024



Für Initiativen der **grünen Transformation und des Umweltschutzes** herrscht eine gewisse Dringlichkeit, da unklar ist, wie sich die politischen Prioritäten nach den Wahlen ändern. Vorschläge, die derzeit noch die nötige Unterstützung haben um beschlossen zu werden, könnten mit einer weniger progressiven Mehrheit im Europäischen Parlament schlechtere Chancen bekommen. Darüber hinaus haben die [EPP](#) und die liberale [Renew-Gruppe](#) angekündigt, dass Umweltpolitik in der nächsten Legislaturperiode keine Priorität haben soll (siehe unten). Derzeit steht das [Net-Zero-Industry-Gesetz](#) weit oben auf der Agenda und hat gute Aussichten, rechtzeitig verabschiedet zu werden. Es zielt darauf ab, strategische Net-Zero-Technologien in der EU zu fördern – also solche, deren Umweltemissionen vollständig ausgeglichen werden können. Die belgische Präsidentschaft hofft, am [6. Februar](#) eine endgültige institutionsübergreifende Vereinbarung zu erreichen.

Es gibt zudem Bedenken hinsichtlich einer lang geplanten Reform des **EU-Asyl- und Migrationsystems**. Der Europäische Rat und das Europäische Parlament haben lange an einer Überarbeitung gefeilt – dennoch könnte es schwierig sein, die Vereinbarung vor den Wahlen zu verabschieden. Im Dezember wurde zunächst eine [Einigung](#) über die Kernpunkte erzielt. Die EU-Minister:innen planen, die [technischen Details](#) bis Ende April zu klären. Mitte-Links-Politiker:innen hoffen, dass eine rechtzeitige Einigung einigen rechtsextremen Parteien den Wind aus den Segeln nehmen könnte. Die Mitte-Rechts-Vertretung im Rat könnte hingegen auf eine Verzögerung bauen, da das neue EU-Parlament möglicherweise besser mit ihrer eigenen Position übereinstimmt.

Ab Mai: Wahlkampfmodus

Spätestens ab Mai ist damit zu rechnen, dass sich die Aufmerksamkeit der EU-Politik auf den Wahlkampf konzentrieren wird. Der Europawahlkampf wird von den **politischen Parteien in Europa** organisiert. Diese „Europarteien“ setzen sich aus gleichgesinnten Parteien der einzelnen Länder zusammen. Nach der Wahl bilden eine oder mehrere europäische Parteien die politischen Gruppen im Parlament.

Die Europarteien entscheiden meistens im Februar oder März über gemeinsame Spitzenkandidaten und verabschieden ihr Wahlprogramm, auch Manifest genannt: Die christlich-demokratische Europäische Volkspartei (EVP) wird ihre:n Spitzenkandidat:in (höchstwahrscheinlich Ursula von der Leyen) und ihr Wahlprogramm auf ihrem Gipfeltreffen in Bukarest am [6. und 7. März](#) verabschieden. Die Sozialdemokratische Partei Europas (SPE) hat bereits Nicolas Schmit, den luxemburgischen Kommissar für Arbeit, als ihren Spitzenkandidaten benannt. Schmit wird als eher [schwacher Kandidat](#) angesehen, wurde aber als möglicherweise einzig am Spitzenposten Interessiertes Mitglied rasch von den stärksten Mitgliedsparteien der SPE – der spanischen PSOE und der deutschen SPD – unterstützt. Der offizielle SPE-Wahlkongress findet am [2. März in Rom](#) statt. Die Mitglieder der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE) sind eher skeptisch gegenüber dem Spitzenkandidatenprozess und haben, wie auch schon 2019, statt einer einzelnen Person ein Team benannt. Zudem haben sie eine internationale Gruppe zusammengestellt, um an einem Manifest für den [Wahlkampf 2024](#) zu arbeiten. Die europäischen Grünen hingegen unterstützen den Prozess und nominieren auf einem Parteikongress vom [2. bis 4. Februar](#) in Lyon zwei Spitzenkandidat:innen. Die euroskeptischen Europäischen Konservativen und Reformer (EKR) und die rechtsextreme Identität und Demokratie-Partei (ID) lehnen den Spitzenkandidatenprozess ab.

Obwohl die Manifeste der Europarteien noch nicht offiziell veröffentlicht wurden, deuten geleakte Entwürfe bereits auf ihre Prioritäten hin. Die [EVP](#) möchte eine konservativere

Position einnehmen und sich von einem Green Deal hin zu einem „Wirtschaftsdeal“ bewegen, nachdem die erste Amtszeit von Ursula von der Leyen als Kommissionspräsidentin von einer grünen Agenda geprägt war. Dieses Manifest unterstützt das Prinzip „1 rein, 2 raus“, das darauf abzielt, die Gesamtregulierungslast zu verringern – beispielsweise, indem eine übermäßige Bürokratie für die Landwirtschaft gesenkt wird. Auch die [Liberalen haben angekündigt](#), dass sie die Reduzierung von Bürokratie zu ihrer obersten Priorität machen wollen. Die europäischen [Sozialdemokraten](#) möchten sich auf die Stärkung der internationalen Beziehungen konzentrieren, insbesondere mit den USA und China. Sie lehnen die Aufgabe des Green Deals ab und möchten den Weg zur Klimaneutralität fortsetzen. Die [Europäischen Grünen](#) setzen sich für groß angelegte Investitionen in die grüne Transformation ein und fordern einen Grünen Sozialen Deal.

6. bis 9. Juni: Wahltag

Im vergangenen Jahr kündigte der Rat den 6. bis 9. Juni 2024 als Wahlzeitraum an. Gemäß dem [Europäischen Wahlgesetz](#) finden die Wahlen über vier Tage statt, von Donnerstag bis Sonntag. Der Anfang Juni ist im Wahlgesetz als Standard vorgeschlagen und war von 1979 bis 2009 der Wahlzeitraum. Der Rat kann allerdings auch davon abweichen und ein anderes Wochenende zwischen Anfang April und Anfang Juli wählen. 2014 und 2019 fanden die Wahlen in der letzten Maiwoche statt. 2022 schlug das [Europäische Parlament](#) vor, den 9. Mai als Europatag zum festen Wahltag in allen Mitgliedstaaten zu machen. Neben der historischen Bedeutung des Datums würde eine frühere Abstimmung dem Europäischen Parlament mehr Zeit geben, sich auf die Ernennung der neuen Kommission vorzubereiten – ein Prozess, der vor dem 31. Oktober abgeschlossen sein sollte. Dann endet nämlich offiziell die Amtszeit der scheidenden Kommission. Für die kommende Wahl entschied der Rat jedoch, bei der Vorgabe des Europäischen Wahlgesetzes zu bleiben.

Die meisten Mitgliedstaaten werden am Sonntag, dem 9. Juni wählen. Mit den ersten Ergebnissen ist am selben Abend zu rechnen. Mitgliedstaaten, die an den vorhergehenden Tagen wählen, dürfen die Ergebnisse [nicht veröffentlichen](#), bevor die Wahllokale in der gesamten EU geschlossen sind. Ein entscheidender Faktor für das Ergebnis der Wahlen ist die Wahlbeteiligung, die in der Regel zwischen den Mitgliedstaaten stark variiert: [2019](#) verzeichnete die Slowakei die niedrigste Beteiligungsquote mit 23 Prozent und Belgien, wo die Stimmabgabe verpflichtend ist, die höchste mit 88 Prozent. Der EU-Durchschnitt betrug 50,5 Prozent, der höchste seit 1994. Faktoren, die die [Wahlbeteiligung](#) beeinflussen, können institutionell sein – etwa, ob es gleichzeitige nationale Wahlen gibt, oder an welchem Wochentag gewählt wird. Aber auch, ob die Menschen die EU generell unterstützen, ist entscheidend.

Die 720 neuen Mitglieder des Europäischen Parlaments werden letztendlich in 27 gleichzeitigen nationalen Wahlen bestimmt, mit nationalen Wahlsystemen und nationalen Parteien auf den Stimmzetteln. Das [Europäische Wahlgesetz](#) legt nur grundlegende Regeln fest und überlässt Aspekte wie das Mindestwahlalter (zwischen 16 und 18 Jahre) und die Sperrklausel (zwischen null und fünf Prozent) den Mitgliedstaaten. Die Verteilung der Sitze im Europäischen Parlament ist „degressiv proportional“ zur Bevölkerungszahl der Mitgliedstaaten – das bedeutet, dass die Größe der Bevölkerung zwar ein Faktor ist, kleinere Mitgliedstaaten jedoch mindestens sechs MdEPs haben (Zypern, Luxemburg, Malta). Deutschland hat mit 96 die höchste Anzahl an MdEPs, gefolgt von Frankreich mit 81.

Juni: Das Ergebnis

Im Parlament sitzen die MdEPs in politischen Gruppen. Die Bildung dieser Gruppen und einer Mehrheitskoalition ist einer der ersten Schritte nach den Wahlen. Von Mitte-Rechts- und Rechtsaußen-Gruppen ist zu erwarten, dass sie bei der Wahl erhebliche Gewinne verzeichnen

– es ist denkbar, dass sie mehr als die Hälfte der Sitze erhalten. Dies könnte den traditionell progressiven, pro-europäischen Ansatz des Parlaments und das Machtgleichgewicht in der EU grundlegend verändern und neue Mehrheitskoalitionen bei Themen wie Klimawandel und Migration ergeben.

Derzeit gibt es sieben politische Gruppen im Europäischen Parlament (siehe Grafik): die christdemokratische Europäische Volkspartei (EVP); die Sozialdemokraten (S&D); das zentristisch/liberale Renew Europe; die Grünen/Europäische Freie Allianz (EFA); die Europäischen Konservativen und Reformer (EKR); die Identität und Demokratie Gruppe (ID, die am weitesten rechte Gruppe) und die Linke Gruppe (GUE/NGL). 52 MdEPs sind fraktionslos, gehören also keiner politischen Gruppe an.

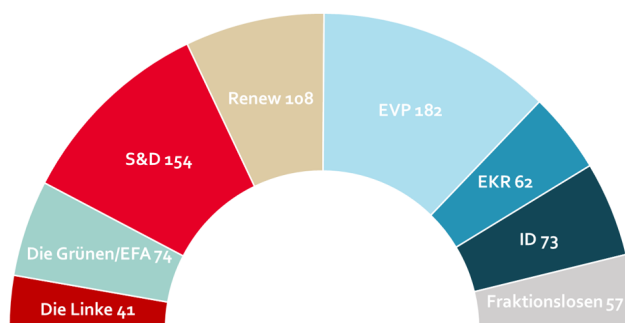


Abbildung 2: Die aktuelle Zusammensetzung im Europäischen Parlament (Politische Gruppen und Anzahl der Sitze)

Die bemerkenswerteste Veränderung, die aktuelle [Umfragen](#) vorhersagen, ist ein erheblicher Gewinn für die Mitte-Rechts und die Rechtsextreme. Je nach Umfrage kann erwartet werden, dass die rechtsextreme ID-Gruppe zwischen [30](#) und [40](#) Sitze hinzugewinnt. Damit könnte sie die liberale Renew-Gruppe als drittstärkste Kraft im Parlament ablösen. Auch die Mitte-Rechts EKR wird voraussichtlich [11](#) bis [18](#) Sitze hinzugewinnen. Darüber hinaus [verhandelt](#) Viktor Orbáns Fidesz-Partei darüber, dieser Gruppe beizutreten, was bis zu [14](#) zusätzliche Sitze bedeuten könnte. So könnte auch EKR die drittgrößte Gruppe im Parlament werden.

Nach dieser Prognose könnte eine Mitte-Rechts-/Rechts-Koalition aus ID-Gruppe, EKR und EVP mit Fidesz eine Mehrheit von nahezu 370 Sitzen haben. Aber: Eine pro-europäische Große Koalition aus EVP, S&D und Renew hätte ebenfalls eine Mehrheit von rund 390 von 720 Sitzen. Eine solche Große Koalition ist das erwartete Ergebnis der Wahl, da die EVP aktuell unter keinen Umständen mit der ID-Gruppe zusammenarbeiten will. Es ist unwahrscheinlich, dass die EKR und die ID-Gruppe eine Rolle bei der Bildung einer Mehrheitskoalition und der anschließenden Aufteilung der Spitzenpositionen spielen. Nichtsdestotrotz verleiht diese Sitzkonstellation der EVP eine Schlüsselposition. Sie könnte bei umstrittenen Themen wie Klimawandel und Migration auf die Stimmen der rechten Gruppen zurückgreifen. Insgesamt führt dies zu einer Verschiebung nach rechts im Machtgleichgewicht des Parlaments – und möglicherweise auch in den EU-Institutionen insgesamt.

Von Juni bis November: Institutionelles Feilschen

Sobald die neuen MdEPs Fraktionen gebildet haben, kommen die europäischen Staatschef:innen zu ihren mit Spannung erwarteten Personalentscheidungen zusammen. Am [17. Juni](#) findet das erste informelle Treffen statt. Die erste offizielle Tagung des Europäischen Rates folgt am [27. und 28. Juni](#). Auf der Tagesordnung steht die Nominierung von Kandidat:innen für die einflussreichsten Positionen der EU: Die **Kommissionspräsidentschaft**, die Präsidentschaft des Europäischen Rates und die [Hohe Vertretung](#) der Union für Außen- und Sicherheitspolitik. Generell berücksichtigen die Staatsoberhäupter bei der Besetzung der Spitzenpositionen die Parteizugehörigkeit der Kandidat:innen, eine gleichmäßige regionale Vertretung und die Geschlechtergerechtigkeit,

was die Nominierungen voneinander abhängig macht und das institutionelle Feilschen kompliziert gestaltet.

2019 bedurfte es drei Tage intensiver Verhandlungen zwischen den Staatsoberhäuptern, um sich auf eine Kommissionspräsidentin zu einigen. In diesem Jahr sind die Chancen von Ursula von der Leyen auf eine zweite Amtszeit als Kommissionspräsidentin hoch. Da es sich um die wichtigste Nominierung handelt, könnte der Prozess diesmal reibungsloser verlaufen als beim letzten Mal. Aber ein offener Posten mit [wenigen ernsthaften Bewerbungen](#) ist die Präsidentschaft des Europäischen Rates. Die [Eskapaden](#) des amtierenden Präsidenten Charles Michel haben ihm einen höchstens mittelmäßig einzustufenden Ruf eingebracht. Sogar [Mitglieder](#) seiner eigenen Parteienfamilie forderten, dass der oder die nächste Amtsinhaber:in sorgfältiger ausgewählt werden sollte. Es könnte sich als schwierig erweisen, eine solche Person zu finden.

Die erste Plenarsitzung des **Europaparlaments** nach der Wahl ist vom [16. bis 19. Juli](#) angesetzt, bevor das Parlament im August in die Sommerpause geht. Das Parlament muss die vom Europäischen Rat vorgeschlagene neue Kommissionspräsidentin – bzw. den -präsidenten – mit absoluter Mehrheit bestätigen. Danach schlägt der Rat Kommissar:innen vor, jeweils eine Person aus jedem Mitgliedstaat. Diese müssen dann vor parlamentarischen Ausschüssen erscheinen, ähnlich wie bei US-amerikanischen „[confirmation hearings](#)“. Sobald alle Anhörungen abgeschlossen sind, muss das Parlament der Kommission in seiner Gesamtheit zustimmen. Mit dieser Zustimmung wird die neue Kommission vom Europäischen Rat mit qualifizierter Mehrheit für ihre fünfjährige Amtszeit bis zu den nächsten Wahlen 2029 formell ernannt.

Die Europawahlen 2024: Offene Fragen und verpasste Chancen

Bei den Europawahlen geht es nicht nur darum, wer gewählt wird, sondern auch wie. Und das Wie hat zweifellos einen Einfluss darauf, wer letztendlich im Europäischen Parlament sitzt. Bei dem europäischen Wahlrecht gibt es insbesondere zwei Reformbereiche, die zur Mobilisierung pro-europäischer Wähler:innen beitragen und den Erfolg von Extremist:innen eindämmen könnten: Zum einen ist das die Stärkung transnationaler Elemente und die Harmonisierung der Wahlregeln. Zum anderen ist der Schutz vor Desinformation und ausländischer Einflussnahme wichtig. Vier Monate vor den Wahlen ist klar, welche Reformmöglichkeiten von den EU-Politiker:innen in den letzten Jahren verpasst wurden. Die Wahlen 2024 werden wahrscheinlich den anhaltenden Reformbedarf unterstreichen und könnten Schwung für Veränderungen rechtzeitig zu den Wahlen 2029 geben.

Das Spitzenkandidaturverfahren: Tot oder lebendig?

Das Spitzenkandidaturverfahren wurde konzipiert, um die Europawahlen zu beleben, dem Amt der Kommissionspräsidentschaft demokratische Legitimität zu verleihen und die Wahlbeteiligung zu erhöhen. 2014 funktionierte der Prozess, als Jean-Claude Juncker von der EVP zum Präsidenten gewählt wurde. Im Jahr 2019 weigerten sich die Mitglieder des Europäischen Rates, insbesondere der französische Präsident Macron, den damaligen Spitzenkandidaten der EVP Manfred Weber zu unterstützen. Das Europäische Parlament konnte sich auf keinen anderen Person für die Kandidatur einigen. Die EU-Staatschef:innen wählten stattdessen in mehreren, hinter verschlossener Tür geführten Sitzungen Ursula von der Leyen, die zuvor nicht als mögliche Kandidatin im Raum stand. Dieses Jahr scheint die Begeisterung für das Verfahren unter den Europarteien gedämpft zu sein, abgesehen

von den Grünen.

Ursula von der Leyen wird mit hoher Wahrscheinlichkeit als Spitzenkandidatin der EVP für eine zweite Amtszeit als Kommissionspräsidentin kandidieren. Gerüchten zufolge kündigt sie ihre Kandidatur am [19. Februar](#) an. Allerdings wird sie [nicht für einen Sitz](#) im Europäischen Parlament kandidieren. Die Europäischen Grünen haben von der Leyens Ansatz als „inakzeptable [Ablehnung der europäischen Demokratie](#)“ scharf kritisiert. Mit Ursula von der Leyen würde die EVP aber immerhin mit einer bekannten politischen Persönlichkeit werben. Ohne transnationale Listen hätte ohnehin nur ein Bruchteil der EU-Bürger:innen für von der Leyen stimmen können. Mit einem **Spitzenkandidaten oder -kandidatin** zu werben, der bzw. die nicht für einen Sitz im Europäischen Parlament kandidiert, könnte eine neue Interpretation des Spitzenkandidaturverfahrens sein.

Zusammenfassend scheinen die Grünen die einzige Partei zu sein, für die der Spitzenkandidaturprozess noch eine große Rolle spielt. Die Nominierung von Schmit durch die S&D signalisiert, dass die Gruppe eher *pro forma* eine Spitze gewählt hat, anstatt eine ernsthafte Kandidatur ins Rennen zu werfen. Angesichts der aktuell mangelnden Unterstützung scheint es eher unwahrscheinlich, dass das Verfahren formalisiert wird. Theoretisch könnte das Parlament seine Macht bei der Bestätigung der neuen Kommission nutzen, um auf eine Verpflichtung des Rates zu bestehen, das Verfahren zu formalisieren – aber auch hierfür dürfte es keine Mehrheit geben. So erscheint es sinnvoller, über Wege nachzudenken, wie man das Chaos und die Hinterzimmerverhandlungen nach den Wahlen 2019 vermeiden kann, als darüber zu sinnieren, wie das Spitzenkandidaturverfahren hätte funktionieren können.

Keine Harmonisierung der Wahlregeln

Das europäische Wahlsystem wird schon lange als reformbedürftig bewertet. In Ermangelung eines einheitlichen Wahlsystems unterscheiden sich die Regeln zwischen den Mitgliedstaaten erheblich. Dies unterstreicht die Kritik, dass die Europawahlen eigentlich nationale Wahlen zweiter Ordnung sind, was den EU-Bürger:innen ungleiche Teilnahmemöglichkeiten bietet und die europäische Dimension der Wahl schwächt.

Jede Reform muss eine hohe Hürde zu überwinden: Sie muss durch einen einstimmigen Beschluss des Rates angenommen, vom Europäischen Parlament unterstützt und von allen nationalen Parlamenten ratifiziert werden. Es gab in den letzten Jahren zwei Reformversuche, die die Wahlen 2024 verbessern sollten, die aber möglicherweise erst rechtzeitig für 2029 in Kraft treten: Einer vom Rat im Jahr 2018 und einer vom Parlament im Jahr 2022. Der Rat verabschiedete erfolgreich eine [Gesetzesänderung](#), die einige **Harmonisierungen**, einschließlich einer Sperrklausel von mindestens zwei Prozent für Mitgliedstaaten mit mehr als 35 Sitzen, einführen würde (in der Praxis würde dies nur auf die fünf größten Mitgliedstaaten, Polen, Spanien, Italien, Frankreich und Deutschland zutreffen). Dies würde die Wahlen transparenter und zuverlässiger machen. Allerdings hat Deutschland die Gesetzesänderung erst im Juni 2023 ratifiziert¹, Zypern und Spanien haben dies bisher überhaupt nicht getan.

Im Mai 2022 schlug das Europäische Parlament eine [Reform des Europäischen Wahlakts](#) vor, die noch weitreichendere Harmonisierung vorsah. Sie umfasste unter anderem eine einheitliche Sperrklausel, Wahlrecht ab 16 Jahren (wo dies verfassungsmäßig zulässig ist), das Recht, ab 18 Jahren als Kandidat:in bei Wahlen anzutreten, ein Spitzenkandidatursystem, eine Quote zur Gewährleistung der Geschlechtergleichheit und schließlich Wahlen am Europatag, dem 9. Mai. Der Vorschlag sah auch vor, dass alle Wählenden eine zusätzliche

¹ Das [Bundesverfassungsgericht](#) hat die Einführung einer Sperrklausel bei Europawahlen bereits zweimal abgelehnt, 2011 und 2014.

Stimme erhalten, um 28 zusätzliche MdEPs auf transnationalen Listen zu wählen und damit einen unionsweiten Wahlkreis zu schaffen². Mitgliedstaaten sind aber zurückhaltend in ihrer Unterstützung; viele sehen besonders den verbindlichen Spitzenkandidaturprozess und einen EU-weiten Wahlkreis skeptisch. Der Vorschlag hat im Rat keinen [nennenswerten Fortschritt](#) gemacht. Somit gab es in den letzten 20 Jahren ebenso keinen echten Fortschritt hin zu einem einheitlichen europäischen Wahlverfahren.

Vier Monate vor der Wahl sind die Schwachstellen des Prozesses offensichtlich. Diese lang diskutierten Reformen hätten einige Probleme wie ungleiche Partizipation und Vertretung, begrenztes Wähler:innengagement und die schwache europäische Dimension angehen können, die nun den Euroskeptikern in die Hände spielen. Diese Reformen stellen eine verpasste Gelegenheit dar, die europäische Demokratie zu stärken – in einer Zeit, in der die politische Landschaft der EU gespalten ist denn je.

Kein angemessener Schutz gegen unzulässigen Einfluss und Desinformation

Desinformationskampagnen und **ausländische Einflussnahme** stellen ein [reales Risiko](#) für die Integrität der Wahlen 2024 dar – ein Risiko, das die politischen Entscheidungsträger:innen nicht rechtzeitig angegangen sind, obwohl die Kommission mehrere Initiativen vorgeschlagen und die MdEPs im Juni 2023 [dringende Maßnahmen](#) gefordert haben.

Ein Gesetzesvorschlag von 2021 soll Desinformation bekämpfen und Wahlen schützen, indem politische Werbung transparenter gemacht wird. Mit diesem Gesetz müsste politische Werbung klar gekennzeichnet sein und Informationen über den Sponsor enthalten. Breites „micro-targeting“ von Wähler:innen aus obskuren Quellen wäre verboten. Es würde auch EU-Ausländer:innen verbieten, politische Anzeigen zu schalten. Eine Einigung im Trilog dazu wurde erst im [November 2023](#) erreicht – zu spät für die Wahlen 2024. Jetzt muss der Vorschlag noch formell abgestimmt werden. Darüber hinaus hat die Kommission vergangenen Dezember das sogenannte Paket zur Verteidigung der Demokratie angenommen – zwar „[vor den Wahlen 2024](#)“, aber offensichtlich zu spät, um einen Einfluss zu haben. Dieses Paket beinhaltet Pläne für ein Transparenzregister zivilgesellschaftlicher Organisationen und Lobbygruppen, die Finanzierungen aus Drittländern erhalten.

In Ermangelung wirksamer Regeln zum Schutz der diesjährigen Wahlintegrität sollten EU-Politiker die Wahlen zumindest genau überwachen. Dies könnte mehr Beweise für Bedrohungen liefern und die Notwendigkeit von Reformen unterstreichen, um sicherzustellen, dass diese rechtzeitig für die Wahl 2029 vorangebracht werden.

Fazit

Die Wahlen zum Europäischen Parlament 2024 werden bedeutende Auswirkungen auf die Zukunft des Blocks haben. Während sich mehr als 400 Millionen wahlberechtigte Bürger:innen darauf vorbereiten, an die Wahlurnen zu gehen, droht der Aufstieg rechter und euroskeptischer Parteien, das Machtgleichgewicht innerhalb des Parlaments zu verändern. Das Parlament könnte von einer traditionell progressiven Kraft zu einer potenziell konservativeren, euroskeptischen werden. Aber selbst ohne diese Verschiebung wird das Ergebnis die Richtung der vom Parlament entschiedenen Maßnahmen bestimmen und die EU-Politik in den nächsten fünf Jahren prägen. Die EU hat die Chance verpasst, die Integrität der Wahlen 2024 zu stärken und sie vor ausländischer Einflussnahme und Desinformation zu schützen – was mit aller Wahrscheinlichkeit extremistischen Parteien zugutekommt.

² Es ist das [fünfte Mal](#), dass transnationale Listen vorgeschlagen werden, und das zweite Mal, dass der Vorschlag im Plenum zur Abstimmung kommt.

Ein entscheidender Faktor für das Ergebnis der Wahlen wird die Wahlbeteiligung sein. Im Jahr 2019 stieg die Zahl der Wählerschaft zum ersten Mal auf einen EU-Durchschnitt von 50,5 Prozent. Damals waren der Brexit und der Aufstieg euroskeptischer Parteien ein wichtiger [Motivationsgrund](#) für die Menschen, zur Wahl zu gehen. Der prognostizierte Aufstieg populistischer, euroskeptischer Parteien sollte erneut ein überzeugender Grund sein, angesichts dessen, was auf dem Spiel steht, die Bürger:innen der EU zu mobilisieren: Es geht um nichts Geringeres als die Zukunft der EU.

Gefördert durch:



Bundesministerium
der Finanzen

Hertie School GmbH • Chairman of the Supervisory Board: Bernd Knobloch • Chairman of the Board of Trustees: Frank Mattern • Managing Director: Prof. Dr. Cornelia Woll, Dr. Axel Baisch • Registered Office: Berlin • Trade Register: Local Court, Berlin-Charlottenburg HRB 97018 B • Hertie School – founded and supported by the non-profit Hertie Foundation

Alexanderstraße 3
D – 10117 Berlin
Tel.: +49 (0)30 259219-107

Online: delorscentre.eu
E-Mail: info@delorscentre.eu
Twitter: [@delorsberlin](https://twitter.com/delorsberlin)